

Gedanken von der Ruhebank



Im Sommer auf der Ruhebank

Bundespräsident Frank-Walter Steinmeier hat die Einführung eines sozialen Pflichtdiensts in Deutschland angeregt. Es gehe um die Frage, „ob es unserem Land nicht guttun würde, wenn sich Frauen und Männer für einen gewissen Zeitraum in den Dienst der Gesellschaft stellen“ würden, meint der Präsident.

Nun bin ich fraglos dafür, dass sich Menschen für andere Menschen interessieren und in den Dienst der Menschheit stellen. Wenn aber vom „im Dienst der Gesellschaft“ gesprochen wird, dann sollten wir uns schon mal kurz vergegenwärtigen, was das für eine Gesellschaft ist. Wir reden über eine Gesellschaft, in der der Reichtum ungerecht und ungleich verteilt ist, wo die Superreichen stets reicher werden und die Armen die Pfandflaschen sammeln dürfen. Wir reden über eine Gesellschaft, die sich aus der Daseinsvorsorge

zurückzieht und zu wenig Pflegepersonen und Erzieherinnen ausbildet und anstellt. Ich habe da schon ein paar Fragen, wer sich hier „in den Dienst“ stellen lassen müsste.

Es fehlt offenbar an Personal für die staatlichen Aufgaben der öffentlichen Daseinsvorsorge. Anstatt das Problem prinzipiell anzugehen - sprich diese Berufe aufzuwerten und so attraktiv werden zu lassen, dass sie man sie ausüben will - setzt man wieder einmal auf Pflichtzeit und damit auf das weitere Ausnutzen schlecht bezahlter Pflegearbeit.

Um das Problem in der Pflege zu lösen, braucht es in Altenheimen, Einrichtungen für Behinderte oder in Obdachlosenunterkünften Fachpersonal. Das Soziale und die Pflege, das sind nicht das Getöns, das jede Frau im Schlaf und Demut bewältigen können sollte.

Ja, ich sehne mich auch nach Gemeinsinn und Solidarität. Dazu muss es gerecht zugehen. Dazu gehört, dass alle an dem Reichtum dieser Gesellschaft partizipieren.

Darüber hinaus bin ich durchaus dafür, dass wir unseren Mitmenschen in Notlagen helfen, dass wir uns sozial engagieren. Und ich sehe nicht wenige Menschen, die das tun, sei während der Corona-Pandemie, sei es bei der Unterstützung geflüchteter Menschen, sei es als Betreuer in Jugend- und Sportverbänden, sei es in der Gewerkschaft, sei es bei „Fridays for Future“ oder bei der Feuerwehr. Warum werden die Plätze für die Freiwilligendienste nicht ausgebaut, obwohl die Nachfrage größer ist als das Angebot? Oder wie wäre es, wenn Ehrenamtliche eine Anerkennung in Form von Bevorzugung auf dem Ausbildungs- und Arbeitsmarkt erhielten?

Ich habe kein Verständnis für die Gelassenheit des Kollegen Ramelow und auch Christine Vogler vom Deutschen Pflegerat widerspreche ich, wenn sie verlauten lässt, mit der Pflichtzeit könne man Menschen mit Pflege und Gesundheitsversorgung „in Berührung bringen.“ Pflege kann jetzt doch Jede? Hauptsache „helfende Hand“, Ausbildung und Qualität sind nicht gefragt? Anstatt Menschen zu verpflichten ist es endlich an der Zeit, dass die Regierungen die Bedingungen ändern und für Professionelle attraktiver macht, damit der Fachkräftemangel beseitigt wird. Mit einer Dienstpflicht einen prinzipiellen Fehler dieser Gesellschaft bekämpfen zu wollen, wird nicht zu mehr Solidarität führen. Eine Dienstpflicht ist abzulehnen.

14.06.22